

Redekonzept für den Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt am 26. Oktober 2002 in Wolfen

Anrede,

- Stimmungen können in Sachsen-Anhalt Politik entscheiden
- Grandios gewonnene Landtagswahl 2002 und verlorene Bundestagswahl 2002
- Wir selber sind als CDU-Politiker nicht innerhalb von fünf Monaten dramatisch besser oder schlechter geworden

Anrede,

- Trotz hervorragendem Wahlsieg Landtagswahl Vorsicht geboten
- „Rote Laterne-Kampagne“ war das richtige Bild für den politischen Kampf
- Selbstzerfleischung der SPD in der Frage der Zusammenarbeit mit der PDS
- Verschlissener MP Dr. Höppner
- Einigkeit der Bundes-CDU, Rückenwind
- Gute Arbeit der Kandidaten und aller Wahlkampfshelfer
- Gemeinschaftsleistung wurde belohnt, aber Wahl war auch eine Höppner-Abwahl

Anrede,

- Bundestagswahl
- Die Flut und die Irak-Krise haben Schröder geholfen. Im Endergebnis nur 6000 Stimmen Unterschied zwischen SPD und CDU im Zweitstimmenergebnis Bundestagswahl

- Wer wirbt: „Lieber 4 Millionen Arbeitslose als ein toter Soldat im Irak“, hat seine Verantwortung für Deutschland verspielt.
- Ein deutscher Sonderweg hat in der bisherigen Geschichte Deutschlands immer unser Land in eine Katastrophe geführt.
- Das vielverlangte „Sprechen Europas mit einer Stimme“ wurde durch Schröder und Fischer unmöglich gemacht.
- Trotzdem ist eine genauere Wahlanalyse notwendig
- Bundestagswahl 2002 mehr den je Momentaufnahme der politischen Stimmungslage
 - Union lag Februar bis August 4-7% vorne, heute liegt sie wieder vorne
 - Bedürfnis und Notwendigkeit, konzeptionelle Erklärungen für den Wahlausgang zu finden
 - müssen aber auch erkennen, dass Stimmungen immer kurzfristiger generiert und wieder zerstört werden; Gründe:
 - beschleunigte politische und mediale Kommunikation
 - abnehmende Identifikation mit Parteien / kaum Parteienbindung im Osten
 - abnehmendes politisches Interesse unter Jüngeren
 - Glaube an Steuerungsmacht der Politik nimmt ab
- Wahlanalyse zeigt aber auch drei strategische Aufgaben, denen wir uns stellen müssen.
 - Auszug aus der „Wolfener Erklärung“: „Das Wahlergebnis weist insbesondere darauf hin, dass die CDU in vielen Großstädten und unter den jungen Frauen unterdurchschnittliche Wahlergebnisse erreicht hat. Ein überdurchschnittlich großer Teil ehemaliger PDS-Wähler ging zur SPD.

Die CDU muss sich diesen Herausforderungen stellen. Das familienpolitische Konzept der CDU bedarf keiner

grundsätzlichen Veränderung, jedoch einer besseren Vermittlung. In Sachsen-Anhalt muss deutlich werden, dass wir mit unserer Politik helfen, die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Familie und Beruf zu stärken.

Die städtischen Zentren mit ihrer Vielfalt der Lebensentwürfe müssen in unserer Arbeit stärkere Beachtung finden. Die CDU muss es schaffen, die wesentlichen Inhalte ihrer wertorientierten Politik als attraktives Angebot an eine Gesellschaft zu formulieren, die sich immer weniger tradierten Wertvorstellungen verpflichtet fühlt.

Die CDU muss durch ihre Politik für die Menschen erfahrbar machen, dass die Spannung zwischen Leistungsforderung und dem Wunsch nach sozialer Sicherheit in der von uns gestalteten sozialen Marktwirtschaft ausgeglichen wird.

- Haben als CDU eine inhaltliche Aufgabe, der wir uns stellen müssen
- Müssen hier und jetzt beginnen, Konzepte zu erarbeiten, die ihre Probe in der Kommunalwahl 2004 bestehen müssen und 2006 einen erneuten Sieg auf Landesebene ermöglichen.

Anrede,

- CDU darf nicht als das kleinere Übel dastehen, sondern muss die begeisterungsfähige Alternative zu SPD und PDS sein.
- Nur so stabiles Wählerverhalten zu erreichen

Anrede,

Deutschland im Jahr 2002:

- wir leben über unsere finanziellen Verhältnisse, geben mehr aus als wir einnehmen
- wäre Deutschland ein Aktienkonzern, würde er zweifelsohne zu den „Sorgenkindern“ im DAX gehören

- die Deutschen haben dies längst erkannt
- die CDU muss den Menschen durch eine überzeugende Leistung in Bund und Land Vertrauen geben, dass die Krise zu bezwingen ist

- Müssen für verschiedene Flügel verschiedene Identifikationsfiguren gewinnen, die aber wissen, nur gemeinsam können sie erfolgreich sein.

- Dazu brauchen wir auch die Stärke der Vereinigungen.

- Dies ist das Geheimnis des Erfolgs der Volkspartei CDU

- FDP ist unser Wunschpartner, diese Auffassung ist auch durch bisherige gute Zusammenarbeit gerechtfertigt

- Mit der SPD hätten wir uns weitaus schwerer getan, jedoch da und dort auch Schwierigkeiten im Umgang mit der FDP
 - Kindertagesstättengesetz, Standards, Gesetzentwurf des Ministeriums steht aus

 - ungenaue Haushaltsvorlagen durch Finanzminister Paqué

 - völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten, kein Sonntagsschutz mehr

Anrede,

- Arbeit der CDU-Abgeordneten in der Fraktion

- 2/3 neu, sowohl unter den alten als auch den neuen gestandene Kommunalpolitiker

- ein Viertel der Fraktionsmitglieder 40 oder jünger

- die CDU ist nicht nur die mitgliederstärkste Partei sondern hat auch das größte Erneuerungspotential

- daher konnten auch Neulinge in ihrer ersten Legislatur schon als Arbeitskreissprecher in die Verantwortung genommen werden
- Feuertaufe bis zum Sommer bestanden
 - Grundlage für verabschiedete Gesetze war Koalitionsvereinbarung

1. Nachtragshaushalt

- Abschlussbilanz der Regierung Höppner weist rote Zahlen auf
- falsche Veranschlagungen wurden korrigiert
- Erhöhung der Netto-Kreditaufnahme bewahrt Land vor völliger finanzpolitischer Handlungsunfähigkeit
- Überschreitung der zulässigen Höchstgrenze bleibt einmaliger Schritt, der der schwierigen wirtschaftlichen Situation des Landes geschuldet ist
- Nachtragshaushalt ist geeignet, der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts entgegenzuwirken

2. Erstes Investitionserleichterungsgesetz

- baut Innovations- und Investitionshemmnisse ab und entlastet die Wirtschaft.
- Änderungen im Bereich des Denkmalschutzes erleichtern Investitionen und beschleunigen Verfahren
- Aufhebung des Vergabegesetzes vom 29. Juni 2001 dient einer wesentlichen Investitionserleichterung und Entlastung der Wirtschaft

3. Grundschule mit verlässlichen Öffnungszeiten

- „Grundschule mit festen Öffnungszeiten“ war bevormundendes Modell
- Koalition hat Elternwillen Rechnung getragen; diese haben Freiheit, über Betreuungsangebote zu entscheiden
- Eltern sollen und wollen mehr Erziehungsverantwortung übernehmen

4. Aufhebung der Vorschaltgesetze

- „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“
- Wiedereinführung des Grundsatzes der Freiwilligkeit
- Mehr Spielräume für die Kommunen und Verlässlichkeit bei der Vorhabensplanung

- Kommunal- und Verwaltungsreform wieder auf eine demokratische Grundlage gestellt – keine Zwangsehen
- Schwenk zur Landespolitik
 - Hinweis auf Wolfener Erklärung
- Vorhaben des Herbstes
- Haushalt
 - Entwurf sieht Halbierung der Nettoneuverschuldung vor
 - Bereinigt um Sondermittel für Schäden der Flutkatastrophe verringert sich Haushaltsvolumen um 1,5 %
 - Investitionsquote 20,3%
 - Wo wird gespart?
 - Umsetzung Personalabbau-Konzept
 - Absenkung konsumtiver Ausgaben
 - Veräußerung von Landesvermögen
 - einheitliche Verbundquote für Kommunen von 23%
 - Ausgleich für Einnahmeausfälle: Kommunales Investitionsprogramm - 75 Mill. aus GA / 25 Mill. Gegenfinanzierung der Kommunen
 - Land wird durch Einschnitte wieder handlungsfähig
 - trotzdem werden wir im kommenden Jahr etwa ein Zehntel des Landeshaushalts für den Schuldendienst aufwenden
 - Dreh- und Angelpunkt der Haushaltspolitik: Völlig überhöhter Personalbesatz im Öffentlichen Dienst muss auf Bundesdurchschnitt gesenkt werden – von 26,1 Bedienstete pro 1.000 EW auf 21,6
 - von dem Personalabbau geht aber auch ein Signal für weniger Bürokratie, mehr Subsidiarität, Eigenverantwortung und individuelle Freiheit aus
- Schulgesetzgebung
 - Reform der Sekundarschule und der gymnasialen Oberstufe
 - Durch diese inhaltliche Reform wird das überflüssige 13. Schuljahr schulorganisatorisch entbehrlich.
- Änderung Kindertagesstättengesetz
 - Leben von geborgtem Geld

- Müssen uns in den Standards bewegen
- Grundsatz : Wer weniger Geld gibt, muss der ausführenden Ebene größere Freiheit in der Ausgestaltung der Aufgabe geben.
- Wahlfreiheit zwischen Erziehung in der Familie und außerhäuslicher Betreuung
- Gewährleistung der Vereinbarkeit von Berufsausübung und Kindererziehung

Anrede,

- Wirtschaftswachstum wird entscheiden, daher Stärkung der Infrastruktur notwendig
 - Fortsetzung der geplanten Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Elbe und Saale
 - notwendige Verlängerung der A 14 nach Norden
 - Industrieansiedlungen
- Wo bleibt bei all diesen überlebensfähigen Entscheidungen ein klares Votum der SPD?
 - Grüne und PDS würden uns sowieso entweder in ein ökologisches oder in ein soziales Reservat verabschieden .

Anrede,

- Öffentlichkeitsarbeit
 - als Regierungsfraktion gilt es die, Umsetzung der Koalitionsvereinbarung darzustellen
 - klassische Elemente der Öffentlichkeitsarbeit: Pressemitteilungen, Fototermine, Pressgespräche und Pressekonferenzen, jährliches Pressefest, vierteljährliche Infobriefe, weitere themen- und terminbezogene Publikationen
 - neues Element:

völlig neuer Internetauftritt, der in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt wird; Ziel: Verbesserung des Informationsflusses durch tagesaktuelle Präsenz

- Internet-Adresse: www.Politik-Plus.de
- die alten, ellenlangen E-Mail-Adressen der Fraktion verschwinden!
- demnächst auch moderneres, „frischeres“ Logo als neues „Aushängeschild“ der Fraktion

-- Verbesserung der Pressearbeit, Feuilletonseiten der Volksstimme

Anrede,

- Anpacken und Vermitteln im offenen und öffentlichen Diskurs
- Aufbau für Sachsen-Anhalt nur möglich mit einer Partei, die wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit und ökologisches Verantwortungsbewusstsein zusammenführen kann.
- Diese Partei sind wir.

Es gilt das gesprochene Wort!